

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Jugend und
Gleichstellung

Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung

Geschäftsführung: Peter Schmidt
Telefon: 06421 201-1505
Telefax:
E-Mail: peter.schmidt@marburg-stadt.de

Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Freitag von 8 – 12 Uhr
Donnerstag von 15 – 18 Uhr
und nach Vereinbarung

Marburg, 05.11.2019

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer **Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich)**
der Stadtverordnetenversammlung am

**Mittwoch, den 13.11.2019, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg**

lade ich Sie hiermit fristgerecht ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.09.2019
- 3 Anträge der Fraktionen
- 3.1 Antrag der Fraktionen von SPD und CDU betr.: Bericht Sachstand Am Richtsberg 88 **VO/6993/2019**
- 3.2 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Barrierefreies Onlineangebot der Stadtbücherei **VO/7086/2019**
- 3.3 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Verbesserte Zugänglichkeit der Sitzungsunterlagen städtischer Gremien für blinde und sehbehinderte Menschen **VO/7087/2019**
- 4 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Roland Böhm
Vorsitzender

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich) der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

Sitzungstermin: Mittwoch, 18.09.2019
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:15 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Roland Böhm - Marburger Linke

reguläre Mitglieder

Frau Alexandra Klusmann - SPD

Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD

Herr Steffen Rink - SPD

Vertretung für: Frau Bettina Böttcher

Herr Ulrich Severin - SPD

Herr Stephan Muth - CDU

Frau Runhild Piper - CDU

Frau Karin Schaffner - CDU

Vertretung für: Herrn Winfried Kissel

Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen

Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen

Herr Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke

Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL

beratende Mitglieder

Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD

- entschuldigt -

Herr Winfried Kissel - CDU

- entschuldigt -

Frau Gabriele Mensing - BfM

- entschuldigt -

Magistrat

Oberbürgermeister Herr Dr. Spies, Stadträtin Frau Dinnebier

Verwaltung

Frau Dr. Engel, Frau Hofmann, Frau Meier, Frau Mösbauer, Herr Höhn, Herr Schmidt (Protokoll)

Behindertenbeirat

Frau Mayer

Seniorenbeirat

Frau Becker

Gäste

Frau Grähling, Frau Schönemann, Frau Stey, Herr Kulle, Herr Storch

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

Für zwei verschiedene Vorschläge zur Änderung der Tagesordnung findet sich keine Mehrheit im Ausschuss, sodass wie vorgeschlagen verfahren und beraten wird.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.08.2019

Das Protokoll der vorhergehenden Sitzung wird in der vorgelegten Form und Fassung genehmigt.

zu 3 Zwischenbericht Arbeit & Bildung e.V. zu "In Würde Teilhaben" in Marburg

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Angela Schönemann von Arbeit und Bildung e.V. eingeladen. Den Ausschussmitgliedern war zusammen mit der Sitzungseinladung eine kurze, schriftliche Skizze zum Projekt "In Würde Teilhaben" Marburg per E-Mail versandt worden.

Frau Schönemann beschreibt und veranschaulicht anhand anonymisierter Beispiele die Zugänge und die Begleitung hochaltriger Menschen mit einem Vereinsamungsmerkmal und beantwortet Fragen der Mitglieder. Oberbürgermeister Herr Dr. Spies ergänzt aus inhaltlicher Sicht des Magistrats.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Zwischenbericht dankend und zustimmend zur Kenntnis. Es besteht Einvernehmen darüber, das Projekt zukünftig verstetigen zu wollen.

zu 4 Antrag der Fraktion Marburger Linke bzgl. Ausweitung der Mitnahmeregelung der ÖPNV-Jahreskarte Vorlage: VO/6532/2018

Herr Böhm erläutert die Vorlage für die Antrag stellende Fraktion.

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Birgit Stey, Geschäftsführerin von Stadtwerke Marburg Consult, eingeladen. Frau Stey beschreibt den Anwesenden zunächst die bestehenden Mitnahmeregelungen und berichtet anschließend aus den Beratungen des Fahrgastbeirats. Der Fahrgastbeirat empfiehlt, die beantragte Ausweitung der Mitnahmeregelung umzusetzen. Frau Stey führt hierzu aus, dass eine allein stehende, örtlich auf Marburg begrenzte Lösung durch den Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) aus Gründen der Tarifstruktur nicht umsetzbar ist. Der RMV beziehe jedoch Überlegungen zur Entwicklung neuer Angebote für ausgeweitete Mitnahmeregelungen verbundweit in die jährliche Anpassung seiner Tarifstruktur mit ein. In diesem Zusammenhang wären eventuelle Änderungen frühestens für Mitte 2020 zu erwarten.

Der Antrag wird im Ausschuss diskutiert und Frau Schaffner berichtet aus den Beratungen des Ausschusses für Umwelt, Energie & Verkehr vom Vortag.

Herr Severin beantragt eine getrennte Abstimmung.

Ziffer 1 des Antrags wird mit den Stimmen von SPD, FDP/MBL und 2 Stimmen von CDU gegen die Stimmen von Marburger Linke und B 90/Die Grünen bei Enthaltung 1 Stimme der CDU mehrheitlich abgelehnt.

Ziffer 2 des Antrags wird mit den Stimmen von Marburger Linke, B 90/Die Grünen und SPD gegen die Stimme von FDP/MBL und 2 Stimmen der CDU bei Enthaltung 1 Stimme der CDU mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

**zu 5 Beschlussvorlage für das Konzept III Kommunale Altenplanung "Gut Älterwerden in Marburg". Strategie- und Aktionsplan
Vorlage: VO/6979/2019**

Oberbürgermeister Herr Dr. Spies formuliert seinen Dank an allen Mitwirkenden sowie die breit angelegte Beteiligung durch die Fachbeiratsstruktur und führt aus Sicht des Magistrats zum vorgelegten Konzept aus. Frau Dr. Engel, Altenplanerin, ergänzt die Erläuterungen.

Die vorgestellten Strategien und Maßnahmenplanungen werden diskutiert und Fragen der Mitglieder beantwortet.

Die Vorlage wird bei Enthaltung von FDP/MBL ansonsten einstimmig zur Annahme empfohlen.

**zu 6 Nachbarschafts- und Gesundheitszentrum im Waldtal: Stadtteilbezogen - Partizipativ - Interprofessionell
Vorlage: VO/6971/2019**

Oberbürgermeister Herr Dr. Spies erläutert die Vorlage ausführlich aus der Sicht des Magistrats. Mit Ergänzungen durch Frau Hofmann, Fachdienst 7.1|Gesunde Stadt, werden Fragen der Mitglieder während der sich anschließenden Diskussion beantwortet.

Die Vorlage wird bei Enthaltung von FDP/MBL ansonsten einstimmig zur Annahme empfohlen.

**zu 7 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan 6/17, ehemaliges Haupt-
postareal zwischen der Eisenstraße und der Zimmermannstraße
Vorlage: VO/6804/2019**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Ergänzungsantrag der Fraktion B 90/Die Grünen vor, zu dem Frau Stahl ausführt.

Oberbürgermeister Herr Dr. Spies erläutert die Vorlage aus der Sicht des Magistrats.

Im Verlauf einer ausführlichen und kontrovers geführten Diskussion, in der Herr Kulle das Vorhaben aus stadtplanerischer Perspektive ergänzt, beantragt Frau Schaffner zur Geschäftsordnung den Schluss der Beratung und die Abstimmung. Der GO-Antrag wird mehrheitlich angenommen.

**Der Vorsitzende lässt sodann über den Ergänzungsantrag abstimmen:
Der Ergänzungsantrag wird mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP/MBL gegen die Stimmen von B 90/Die Grünen und Marburger Linke abgelehnt.**

**Danach lässt der Vorsitzende über die Ausgangsvorlage abstimmen:
Diese wird mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP/MBL gegen die Stimmen von B 90/Die Grünen und Marburger Linke mehrheitlich zur Annahme empfohlen.**

Die Fraktion B 90/Die Grünen meldet A U S S P R A C H E an.

zu 8 Verschiedenes

Es liegen zwei Veranstaltungshinweise vor:

Am 17. Oktober 2019 findet ein Fachtag zum Thema "Geschlecht, Gute Pflege, Vielfalt" und am 18. Oktober 2019 eine Fachtagung "Partizipation, Teilhabe und Empowerment von Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigungen" statt.

Die jeweiligen Veranstaltungs-Flyer liegen zur Mitnahme aus.

Marburg, 19.09.2019

gez. Roland Böhm
Vorsitzender

gez. Peter Schmidt
Protokoll

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.:	VO/6993/2019
	Status:	öffentlich
	Datum:	05.09.2019
Antragstellende Fraktion/en:	SPD CDU	

Beratungsfolge:		
Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Kenntnisnahme	Öffentlich
Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften	Kenntnisnahme	Öffentlich

Antrag der Fraktionen von SPD und CDU betr.: Bericht Sachstand Am Richtsberg 88

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat der Stadt Marburg möge beim Studentenwerk Marburg die nötigen Informationen einholen und anschließend berichten, wie der aktuelle Sachstand um die Zukunft des durch Brand geschädigten Gebäudes Am Richtsberg 88 aussieht. Insbesondere ist dabei von Interesse, wie, wo und in welcher Form das Studentenwerk Ersatz für die dort weggefallenen Wohneinheiten gesorgt hat.

In diesem Zusammenhang bitten wir insbesondere für eine Gegenüberstellung folgender Zahlen vor dem Brand und heute:

- Wie viele Wohneinheiten waren dort untergebracht – und wo sind diese neu entstanden?
- Wie viele Wohneinheiten mit mehr als 1 Zimmer Küche Bad standen am Richtsberg 88 für Studierende mit Kindern zur Verfügung? Wie viele vergleichbare Wohneinheiten hat das Studentenwerk für Studierende mit Kindern stattdessen neu geschaffen (und wo)?
- Wie viele Wohneinheiten für ausländische Studierende sind durch den Brand weggefallen und wie viele wurden für diese Zielgruppe stattdessen neu geschaffen (und wo)?
- Wie viele barrierefreie Wohneinheiten für Studierende standen vor dem Brand am Richtsberg 88 zur Verfügung und wie viele entsprechende Wohneinheiten hat das Studentenwerk stattdessen neu geschaffen?
- Was ist aus den provisorisch angebotenen Ersatzwohnungen geworden: stehen diese weiterhin zur Verfügung?

Begründung:

Nach dem Brand des Studierenden-Wohnheims Am Richtsberg 88 gab es monatelangen Rechtsstreit zwischen dem Wohnheimbetreiber und der Versicherung. Der Bau- und Planungsausschuss hat in allen Sitzungen darüber diskutiert und erst vor kurzem erleichtert das Ende dieses Rechtsstreits zur Kenntnis genommen – in der Erwartung, dass nun endlich wie

vom Studentenwerk angekündigt ein Ersatzbau an gleicher Stelle entsteht. Stattdessen ist man nun von diesen Plänen scheinbar abgerückt und trägt sich mit dem Gedanken, das Gebäude bzw. das Grundstück zu veräußern. Damit ist die Möglichkeit, nahe am Studienstandort Lahnberge eine ausreichende Anzahl an Wohnheimplätzen zu schaffen akut in Gefahr.

Das Studentenwerk als einer der größeren Akteure am Wohnungsmarkt der Stadt Marburg hat die besondere Aufgabe, die vielen Studierenden der Philipps-Universität mit bezahlbarem und geeignetem Wohnraum zu versorgen, insbesondere solche Studierende, die durch ihre besonderen Lebensumstände am allgemeinen Wohnungsmarkt benachteiligt sind. Dazu gehören insbesondere Studierende mit Kindern, die angesichts des hohen Mietniveaus im Bereich der 2- bis 3-Zimmerwohnungen am allgemeinen Wohnungsmarkt nicht konkurrieren können. Auch Studierende, die auf barrierefreie Wohnungen angewiesen sind oder ausländische Studierende, die für Gastsemester nach Marburg kommen, bedürfen der speziellen Unterstützung bei der Wohnraumbeschaffung durch das Studentenwerk.

Es kann nicht sein, dass sich das Studentenwerk dieser Aufgabe entzieht, indem es auf die übrigen Akteure am Wohnungsmarkt verweist und keinen eigenen adäquaten Ersatz für die weggefallenen Wohneinheiten anbietet. Spätestens nach Klärung der versicherungsrechtlichen Fragestellungen rund um das Gebäude Am Richtsberg 88 wäre es nun an der Zeit, dass das Studentenwerk alle abgängigen Wohneinheiten vollzählig neu zur Verfügung stellt. Reine „Umdisponierungen“ innerhalb des Immobilienbestands des Studentenwerks können die fehlenden Wohneinheiten nicht kompensieren.

Sonja Sell
Erika Lotz-Halilovic

Jens Seipp

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: VO/7086/2019
	Status: öffentlich
	Datum: 30.10.2019
Antragstellende Fraktion/en: B90/Die Grünen	

Beratungsfolge:		
Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Barrierefreies Onlineangebot der Stadtbücherei

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat stellt sicher, dass das Kriterium der uneingeschränkten Nutzbarkeit für blinde und sehbehinderte Menschen im neuen, erweiterten Onlineangebot der Stadtbücherei sowie die praktische Nutzbarkeit auf den mobilen Endgeräten umfänglich Berücksichtigung findet. Dazu gehört vor allem die barrierefreie Bedienbarkeit der Onlineanwendungen mittels Tastatur (d. h. ohne Maus), die korrekte Tagsetzung von Überschriften zur Herstellung einer Orientierung und Strukturierung des Online-Angebotes sowie der mobilen Anwendung, die korrekte Beschriftung und Programmierung von Links, Schaltflächen und Schaltern sowie eine tastaturgestützte (i. e. ohne Maus bedienbare) Medienrecherche. Insofern hierfür weitere Kosten vonnöten sind, werden diese aus städtischen Mitteln zur Verfügung gestellt.
2. Die Barrierefreiheit des erweiterten Onlineangebots wird vor Rechnungsabgleichung von unabhängigen Tester*innen geprüft, um bei Bedarf Korrekturen anzumelden.

Begründung:

Wie der Berichterstattung der Oberhessischen Presse vom 4.9.2019 zu entnehmen war, beziffern sich die Kosten für den Ausbau des Onlineangebots der Stadtbibliothek auf 92.500€; die Stadt hat dabei 55.000€ an Mitteln zugesagt, 37.500€ Förderung ergeben sich aus Landesmitteln.

Während die leichte Sprache und die Gebärdensprache im vom Magistrat der Stadt Marburg herausgegebenen Marburger Aktionsplan „Kommunales Handlungskonzept zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen“ hinsichtlich der Stadtbücherei bereits Berücksichtigung fanden, ist der Ausbau der Barrierefreiheit für blinde und sehbehinderte Menschen bisher noch eine zu schließende Lücke. Der Ausbau des Onlineangebots der Stadtbücherei bie-

tet eine gute Gelegenheit, an diesem Punkt im Sinne des Artikel 9 der UN-BRK anzusetzen und hierdurch der ab dem 23.09.2018 geltenden und ab September 2019 verpflichtenden Richtlinie EU-2016/2102 zu entsprechen.

Madelaine Stahl

Roland Stürmer

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: VO/7087/2019
	Status: öffentlich
	Datum: 30.10.2019
Antragstellende Fraktion/en: B90/Die Grünen	

Beratungsfolge:		
Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Verbesserte Zugänglichkeit der Sitzungsunterlagen städtischer Gremien für blinde und sehbehinderte Menschen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat stellt sicher, dass alle Sitzungsunterlagen mittels der in MS-Word verfügbaren Formatvorlagen bzw. Funktionen vor Veröffentlichung bearbeitet werden; dazu zählt insbesondere: Das Formatieren von Überschriften für eine auch von blinden und sehbehinderten Menschen wahrnehmbaren Textstrukturierung, das Versehen von Grafiken mit einem Alternativtext sowie die Aufbereitung von Tabellen. Komplexe Graphiken (z. B. Bebauungspläne) werden schlicht als solche benannt; auf Nachfrage erläutern die zuständigen Mitarbeiter*innen der Verwaltung diese den anfragenden blinden und sehbehinderten Menschen wie bisher.
2. Der Magistrat stellt den Fraktionen eine entsprechende Anleitung zur Formatierung von Anträgen etc. zur Verfügung; die Stadtverordneten werden dazu angehalten, ihre Anträge etc. vor Veröffentlichung entsprechend zu gestalten.
3. Dringlichkeitsanträge erhalten blinde und sehbehinderte Menschen nach Voranmeldung via E-Mail; alternativ werden sie direkt online hochgeladen.

Begründung:

Bzgl. der Zugänglichkeit von Publikationen, Webauftritten etc. hat das Marburger Referat für die Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung eine Vorbildfunktion inne; ihre Materialien sind deutlich barriereärmer zugänglich als die vieler anderer Gremien und Institutionen der Marburger Stadt. In Umsetzung des Artikels 29 der UN-BRK sowie in Umsetzung des vom Magistrat der Stadt Marburg herausgegebenen „Marburger Aktionsplan 2017 – Kommunales Handlungskonzept zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen“ ist die Veröffentlichung von städtischen Unterlagen in einer für blinde und sehbehinderte Menschen barrierefreien bzw. -armen Version daher nur folgerichtig;

der Mehraufwand ist minimal, zumal, wenn von Beginn an mit Dokumentvorlagen gearbeitet wird. Zudem ist das Vorhaben ohne nennenswerte Kostensteigerung zu realisieren.

Madelaine Stahl

Roland Stürmer